

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3 gepalt.
Zeile.

Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Bren.
Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3.
Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

Wahlkampf und Gewerkschaftskampf.

Wahlkämpfe sind politische Kämpfe. Aber sie haben immer auch einen wirtschaftlichen Unter- und Hintergrund gehabt, und diese wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Motive sind nie so deutlich geworden wie bei dem gegenwärtigen Wahlkampf. Schon die Auflösung des Reichstags zeigte, daß es mehr als bei früheren Reichstagswahlen geht um wirtschaftspolitische Ziele geht, daß von dem Ausgang dieser Wahlen mehr denn je die zukünftige Arbeitslosigkeit, das Schicksal der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes abhängt, und daß durch den Ausgang dieser Wahlen die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft auf lange Zeit hinaus bestimmt werden wird.

Hier zeigen sich schon die vielen und starken Beziehungen von den Reichstagswahlen zu den freien Gewerkschaften. Ganz abgesehen davon, daß die freien Gewerkschaften die völlige Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in Staat und Gesellschaft erstreben, volle Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit fordern, wollen die freien Gewerkschaften die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen ihrer Mitglieder wahren. Da können die Gewerkschaften ganz unmöglich die politische Neutralität so weit treiben, daß sie die Reichstagswahlen als einen politischen Vorgang ganz unbeachtet lassen. Es geht ja in diesem Kampfe nicht allein um die Verteilung der politischen Macht im Staate. Das Unternehmertum hat es zu allen Zeiten verstanden, die politische Gewalt zur Durchsetzung seiner höchst materiellen Ziele zu gebrauchen. Es hat die politischen Machthaber aber gerade jetzt mehr als sonst vor seinen Wagen gespannt. Das war um so leichter, als vielfach auch eine enge persönliche Verbindung zwischen wirtschaftlichen Interessen und politischer Macht bestand. Alle politischen Ereignisse der letzten Monate, alle heftigen Auseinandersetzungen der letzten Zeit drehen sich ja nur darum, daß die dünne Schicht des deutschen Volkes, die aus den Besitzenden besteht, sich von jeder Belastung aus dem verlorenen Kriege, von allen Opfern der wirtschaftlichen Entwicklung und Umstellung freihalten wollte und hartnäckig versuchte, den arbeitenden Klassen der Bevölkerung alle Schäden und alle Entbehrungen aufzubürden, die Kriegsfolgen und Rationalisierung nun einmal mit sich bringen mußten. Dagegen wehrte sich das Volk mit Recht, und es begann sogar, sich mit Erfolg gegen alle Pläne der reaktionären Reichsregierung und der Unternehmer zu wehren, weil es über starke Organisationen verfügte, die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften. Das haben die Unternehmer natürlich erkannt; darum ihr grimmer Haß gegen die Sachwalterinnen des arbeitenden Volkes, gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei. Diesem ihrem planmäßigen Kampfe gegen die freien Gewerkschaften dienen alle Angriffe und alle Vorstöße, die das Unternehmertum seit dem vorigen Jahre gegen die Sozialpolitik, gegen die Löhne und gegen einzelne Führer der Arbeiterschaft unternahm. Darum haben die freien Gewerkschaften nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich aktiv am Wahlkampfe zu beteiligen und ihren ganzen ungeheuren Einfluß geltend zu machen, um den Reichstagswahlen einen Ausgang zu geben, der im Interesse der von ihnen vertretenen und in ihnen organisierten Arbeitermassen liegt.

Die Gewerkschaften wollen die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder wahren. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Verpflichtung, mit allen Mitteln den Forderungen der Unternehmer auf Lohnabbau und auf Einschränkung der Sozialversicherung Widerstand zu leisten. Den Lohnabbau in einem Betriebe kann man vielleicht mit einer Arbeitsniederlegung abwehren, Gesetze aber werden im Reichstage gemacht, und wenn die Gewerkschaften einen Einfluß auf das Zustandekommen der Gesetze haben wollen, müssen sie im Parlament eine starke Vertretung ihrer Interessen haben. Darum können die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen bei der Reichstagswahl nur für die Partei stimmen, die den Bestrebungen der freien Gewerkschaften bisher immer die wirksamste Unterstützung angebehalten ließ. Die Gewerkschaften haben die Pflicht, ihre Mitglieder auf die Wichtigkeit der Wahl hinzuweisen, und sie haben auch die Pflicht, ihre Mitglieder bei der Wahl der Partei zuzuführen, die nachdrücklich und erfolgreich die Interessen und Bestrebungen der in den freien Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiterschaft unterstützt.

Aber es ist auch ein Gebot der Selbsterhaltung für die Gewerkschaften, in diesem Wahlkampfe geschlossen und aktiv dafür einzutreten, daß im neuen Reichstage eine möglichst starke sozialistische Mehrheit vorhanden ist. Wie würde es wohl für die Arbeiterschaft und für die freien Gewerkschaften ausfallen, wenn aus der reaktionären Minderheit des alten Reichstages eine reaktionäre Mehrheit im neuen Reichstage würde? Weiterer Lohnabbau für die Arbeiterschaft, noch weitergehende Einschränkung der sozialen Versicherungen, vermehrte Arbeitslosigkeit und völliges Versinken in Not und Elend wären die sicheren Folgen einer reaktionären Reichstagsmehrheit. Das schmale Mitbestimmungsrecht in Staat und Wirtschaft, das sich die

Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit errungen hat, würde gänzlich wieder verloren gehen, und es würde der alte Zustand wiederkehren, den auch die heutigen Unternehmer als ideal preisen: Völlige Rechtslosigkeit des Arbeiters im Betriebe und im Staate, ein neuer Knechtzustand dem Unternehmer gegenüber, gänzliche Wehrlosigkeit gegen das Lohndiktat des Arbeitgebers, der schon den „gerechten“ Lohn zahlen wird. Und daß die neuen Machthaber, wenn sie sich auf eine reaktionäre Mehrheit im Reichstage stützen können, auch mit allen Mitteln versuchen würden, die Macht der Gewerkschaften zu brechen und zu schwächen, ist ganz sicher. Ein Erfahren der reaktionären Strömungen bedeutet neue schwere politische und wirtschaftliche Auseinandersetzungen, neue tiefgehende Erschütterungen des Wirtschaftslebens, neue Opfer der Arbeitslosigkeit und neues Elend für die Arbeiterschaft.

Der Parteien gibt es wie in allen Wahlkämpfen auch in diesem viele, und alle werben um die Gunst und um die Stimmen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Aber die Vielzahl der Parteien kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Trennung des deutschen Volkes in zwei große Gruppen noch nie so scharf war wie jetzt, daß sich die Machtgier und die Willkür der bestehenden Klassen noch nie so brutal geäußert haben wie jetzt, und es hat sich auch noch nie so klar gezeigt, daß „das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann“. Hier Kapital und dort die Arbeit, hier der Besitz und dort die Entbehrten, hier der Interessenthaufen und dort das ausgehungerte, ausgepreßte Staatsvolk! Auch der einfältigste Arbeiter sieht diese unüberbrückbare Kluft, die bei der Wahl zum Reichstage allen Arbeitenden zeigen muß, welcher Partei ihre Stimmen gehören, der Partei, die seit Jahrzehnten Schulter an Schulter mit den freien Gewerkschaften für die Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, für Arbeiter-, Frauen- und Kinderschutz, für höhere Löhne, für mehr Anteil an den geistigen und materiellen Gütern unserer Kultur, für mehr Glück und mehr Lebensfreude, für die vollkommene Gleichberechtigung; ja noch mehr: um die Führung von Staat und Wirtschaft durch die Arbeiterschaft, kämpft. Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Stimmen aller Arbeiter und Arbeiterinnen!

Emil Seidenschnur 25 Jahre Angestellter der Zahlstelle Harburg-Wilhelmsburg.



Am 1. September sind es 25 Jahre, daß der Kollege Emil Seidenschnur sein Amt als Geschäftsführer der Zahlstelle Harburg antrat. Als Kind armer Leute am 19. März 1872 in Gr.-Leppin in der Westpreignitz geboren, mußte unser Emil schon als 9jähriger Hütejunge sein Brot selbst verdienen. Im Jahre 1886 kam er als 14jähriger nach Harburg, und damit beginnt seine Laufbahn als Fabrikarbeiter und zukünftiger Funktionär in der Arbeiterbewegung. Denn bereits im Jahre 1888 schloß er sich als 16jähriger der Sozialdemokratischen Partei an und war trotz seiner Jugend eifrig für diese tätig. Durch das Studium vieler, damals verbotener, Zeitschriften und Zeitungen erwarb er sich die notwendigen Kenntnisse, um als Funktionär der Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz wirken zu können. So war es eigentlich selbstverständlich, daß, als im Jahre 1889 in Harburg der Vorläufer unseres Verbandes, der „Verein zur Wahrung der Interessen der Fabrik- und nichtgewerblichen Arbeiter von Harburg und Umgegend“ gegründet wurde, auch unser Emil bei den Mitbegründern zu finden war. Eine besondere Freude war es für ihn, seine jungen Kollegen dem Verbands zuzuführen und sie zum regelmäßigen Versammlungsbesuch anzuhalfen. Lange Jahre war er dann in der Zahlstelle als Hilfs- und Distriktskassierer tätig. Seine eifrige und erfolgreiche Tätigkeit für unsere Organisation wurde anerkannt und belohnt, er wurde Mitglied des Gauvorstandes, der damals seinen

Sitz in Harburg hatte. Daneben vernachlässigte er aber nicht seine Arbeit im Betriebe. Lange Jahre war er Vorsitzender des Arbeiterausschusses der Firma H. C. Meyer und hat während dieser Tätigkeit unermüdet für die Besserstellung seiner Kollegen im Betriebe gearbeitet.

Als die Mitgliederzahl der Zahlstelle Harburg wuchs und die Arbeiten nicht mehr nebenamtlich verrichtet werden konnten, wurde Kollege Seidenschnur in der Führung der Geschäfte der Zahlstelle beauftragt u. a. hauptamtlich angestellt. Unter seiner rastlosen Tätigkeit wuchs die Mitgliederzahl auch weiterhin sehr schnell an, so daß 3 Jahre später eine weitere Kraft, der Kollege Franz Schreiber, angestellt werden mußte. Jetzt übernahm Emil, der schon immer ein „einnehmendes“ Wesen hatte und mit Geld umzugehen verstand, die Geschäfte des Zahlstellenkassierers, die er auch noch heute inne hat. Er ist der Typ des pflichttreuen, ehrlichen Verbandskassierers. Die Kasse muß bei ihm immer auf den Pfennig stimmen.

Außer für unsere Organisation ist Seidenschnur in der Partei- und in der Genossenschaftsbewegung tätig. Vom Jahre 1919 bis heute gehört er der Harburger Bürgerchaft und dem Magistrat an. Der Deutsche Freidenker-Verband ist ihm sehr viel dank schuldig. Als langjähriger Leiter der Harburger Organisation der Freidenker hat er großes auf organisatorischem Gebiete für diese Bewegung geleistet. Er gehört auch zu den Mitbegründern des „Harburger Volksblattes“ und ist seit dem Jahre 1907 dessen Firmenträger.

Unser Jubilar blickt also nicht nur auf eine langjährige Tätigkeit innerhalb unseres Verbandes zurück, sondern ist von frühesten Jugend in allen Zweigen der Arbeiterschaft erfolgreich tätig.

Wer unseren Emil kennt, der weiß, welche enorme Arbeitskraft in ihm steckt. Wir übermitteln ihm zu seinem 25jährigen Angestelltenjubiläum die herzlichsten Glückwünsche und sprechen hierbei die Hoffnung aus, daß er noch lange Jahre unserem Verbands und der gesamten Arbeiterbewegung erhalten bleiben möge.

Die organisierte Arbeitsbeschaffung.

Die deutsche Reichsregierung hat ihrem Versprechen gemäß die Vorarbeiten in Angriff genommen, organisch Arbeit zu vermitteln bzw. Arbeitsgelegenheiten zu verschaffen. Um System in die Sache zu bringen, wurde ein Unternehmen, die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, A.G., gegründet. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 150 Millionen Mark; dazu treten noch offene Reserven in Höhe von 105 Millionen Mark und stille Reserven von zunächst 120 Millionen Mark. Sowohl Aktienkapital als auch Reserven entstammen einem Vermögen von rund 400 Millionen Mark aus früheren Notstandsarbeiten, die sich aber hauptsächlich aus Forderungen an Länder und Gemeinden zusammensetzen. Die Gesellschaft erhält Zuschüsse aus Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und beabsichtigt Auslandsgelder heranzuziehen. Es soll hier bereits zu Abschüssen gekommen sein. Das Ziel der Gesellschaft ist, durch Inangriffnahme produktiver Arbeiten, wie Bau von Kraftwerken, Straßenbau usw., einer großen Zahl von Arbeitern Beschäftigung zu geben. In den letzten drei Jahren wurden durchschnittlich 250 000 Arbeiter bei Notstandsarbeiten beschäftigt. In den letzten Monaten war diese zusätzliche Beschäftigung auf ein Mindestmaß herabgesunken. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, A.G., arbeitet mit der Deutschen Bau- und Wobank, ebenfalls eine Reichsgesellschaft, zusammen, die auch die Geschäfte der ersteren Gesellschaft mit führt. Das ist in großen Umrissen das Programm der Arbeitsbeschaffung, welches die Reichsregierung in Angriff zu nehmen gedenkt. Wenn vor Errichtung des Bürgerblocks bereits 250 000 Arbeiter mit Notstandsarbeiten beschäftigt wurden, so muß diese Regierung jetzt zeigen, daß sie mindestens das gleiche zu leisten vermag. Im Interesse der Arbeitslosen wäre es zu wünschen, daß die neuerrichtete Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, A.G., das ihr gesteckte Ziel voll zu erreichen vermag.

Starke Verteuerung der Lebenshaltung.

In die allgemeine Diskussion über den Preisabbau bringt der Index für die Lebenshaltungskosten eine schrille Dissonanz. Er ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes im Juli auf 149,3 gegen 147,6 im Juni gestiegen. Im Mai betrug der Index 147,0. Somit ist seit zwei Monaten eine ununterbrochene Steigerung zu beobachten. Hauptsächlich ist die Verteuerung der Lebenshaltung auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Die Zoll- und Subventionswirtschaft für die Landwirtschaft macht sich also bereits deutlich bemerkbar. Eigentümlich ist an der ganzen Frage, daß die Regierung und die breite Öffentlichkeit noch immer hofft, Preislenkungsaktionen durchzuführen und im gleichen Atemzuge von Lohnsenkungen gesprochen wird. Wenn innerhalb zweier Monate die Lebenshaltungskosten sich um 2,3 Punkte oder um 1,5 v. H. verteuern, dann gehört schon ein robustes Gewissen dazu, im gleichen Augenblick Lohnherabsetzungen zu fordern. Jedenfalls trifft die Verteuerung

der Lebenshaltung die arbeitende Klasse in einer Zeit, wo sie kaum imstande ist, weitere Verschlechterungen der Lebenshaltung auf sich zu nehmen.

Helfer der Reaktion.

Wie die Kommunisten im Reichstag gestimmt haben.

Im alten Reichstag hatte die Sozialdemokratische Partei 152 Abgeordnete, die Kommunisten hatten 54 Abgeordnete, wozu noch ein „Verföhler“ kam.

Wie sie bei sozialen Fragen stimmten.

Die Kommunisten stimmten am 7. Juli 1927 gegen die Schaffung der Arbeitslosenversicherung.

Als die Unternehmer im Sommer 1929 den ersten konzentrierten Angriff gegen die Arbeitslosenversicherung unternahmen, da spielten sich die Kommunisten, im Widerspruch mit ihrer Haltung im Jahre 1927, als die heftigsten Verteidiger dieses Gesetzes auf.

Als sich Ende 1929 die Finanzlage des Reichs katastrophal verschlechtert hatte, galt es, die Arbeitslosenversicherung materiell so zu sichern, daß der von den Unternehmern erneut geforderte Abbau der Leistungen verhindert wurde.

Gegen die Hilfe für die Armen.

Im Spätherbst 1928 hatten die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen die Eisenarbeiter ausgesperrt.

Im Sommer 1928 war auf Antrag der damaligen Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, durch die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums eine Senkung der Lohnsteuer herbeigeführt worden.

Nach der Annahme eines Gesetzes zum Wegfall der Mehrzweckzölle im deutsch-französischen Handelsvertrag im Sommer 1929 war eine Entschließung des Zentrums auf Verwendung der Zollmehrereinnahmen zugunsten der Kinderbewilligten, besonders der kinderreichen Familien, angenommen worden.

Recht und Unrecht bei den Beamten.

Ende 1927 hat die damalige Regierung Marx eine Beförderungssage eingebracht.

Als es sich dann handelte, ein fähbares Unrecht zu beseitigen, da versagten die Kommunisten.

Das Gesetz ist abgelehnt worden, weil durch viele Entstellungen und dadurch, daß die Kommunisten dagegen stimmten, die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde.

Gegen die Wiederherstellung des Friedens. Die Kommunisten stimmten am 27. November 1925 gegen die Vereinbarungen von Locarno, die durch die gegenseitig garantierte Unverletzlichkeit der Grenzen den Friedenszustand zwischen Deutschland und seinen früheren Gegnern herstellen.

Die stimmten am 12. März 1930 gegen den Young-Plan, der für Deutschland gegenüber dem Dawes-Plan eine bedeutende Ermäßigung der Reparationszahlungen, ferner die Räumung der besetzten Gebiete und verschiedene andere Vorteile brachte.

Die Kommunisten stimmten am 17. Mai 1927 gegen die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes, trotzdem dadurch die Rückkehr des früheren Kaisers nach Deutschland unmöglich gemacht worden war.

Wer die Reaktion bekämpft und nicht will, daß aus der reaktionären Minderheit des alten Reichstages eine reaktionäre Mehrheit im neuen Reichstage wird, die die sozialen und steuerlichen Ungerechtigkeiten fortkühen und die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung noch mehr verschlechtern will.

Wer für die Sozialversicherung

und für ihren weiteren Ausbau strebt, wer für den gesundheitlichen Schutz des Arbeiters im Betriebe ist und die Unfallgefahren vermindern, wer Arbeitsmöglichkeiten schaffen und die furchtbare Arbeitslosigkeit vermindern will,

Wer für ausreichenden Lohn

und Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist, wer die brutalen Forderungen der Unternehmer auf Lohnabbau und ihre Entlassungsmaßnahmen wirksam bekämpfen und die Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen wahren will,

Wer die Macht der Gewerkschaften

und damit die Mitbestimmung der Arbeiterschaft im Staats- und Wirtschaftsleben erweitern und der Arbeiterschaft die Führung in Staat und Wirtschaft sichern will, der muß am 14. September der Wahlparole der freien Gewerkschaften folgen und sozialdemokratisch wählen!

Sozialdemokratisch wählen!

Standesherrn, Minister und Zigarettenfabrikanten.

Am 11. Dezember 1929 wurde ein Gesetz geschaffen, das eine Aufwertung der mittelalterlichen Standesherrnansprüche von 10 Prozent vorsah, während das Reichsgericht in den meisten Fällen mit 85 bis 100 Prozent aufgewertet hatte.

Am 18. März 1930 wurde ein Gesetz angenommen, das die Pensionsansprüche der Reichsminister regelte. Es macht dem Zustand ein Ende, daß ehemaligen Beamten die hohe Ministerpension gezahlt wird, auch wenn sie nur einen Monat im Amt waren.

Die Kommunisten stimmten auch gegen das Tabaksteuergesetz am 21. Dezember 1929, das aus der Zigarette höhere Einnahmen bringen sollte.

In allen diesen Fällen wäre das Ergebnis günstiger gewesen, wenn den bürgerlichen Parteien ein einheitlicher sozialistischer Block gegenübergestanden hätte.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die Versicherungsvertreter und die Durchführung der Notverordnung zur Krankenversicherung.

Die deutschen Krankenkassen haben alles getan, um die maßgebenden Stellen von einer übereilten und vor allem untragbaren Reform der Krankenversicherung abzuhalten.

Die Krankenkassenorganisation ist durch die Notverordnung in wesentlichen Punkten neu geregelt worden.

Die beschließenden Organe, die jetzt zusammentreten, um Beratungen darüber zu pflegen, wie die Satzungen auf die neuen Vorschriften umzustellen sind, haben mit sozialer Verantwortung an diese Arbeit zu geben.

Die Notverordnung läßt bei verschiedenen Bestimmungen den Krankenkassen die Möglichkeit, abweichende Regelungen zu treffen.

Nach welcher Richtung können nun die Versicherungsvertreter bei der Neufassung der Satzungen die Interessen der Versicherten wahrnehmen?

Vergünstigungen können für die Versicherten möglich gemacht werden bei den Vorschriften, die u. a. den Krankenschein, den Krankengeldzuschlag für die Familienangehörigen und den Zuschlag zum Hausgeld, der Familienkrankenpflege und des Sterbegeldes für die Angehörigen des Versicherten betreffen.

Nach § 187b RVO. kann durch die Satzung die Krankenscheingebühr für Versicherte mit einem Grundlohn von nicht mehr als 4 Mk. bis auf die Hälfte ermäßigt und für Versicherte mit einem Grundlohn von mehr als 7 Mk. um die Hälfte erhöht werden.

Abirgens kann durch die Satzung ebenfalls nach § 187b bei gleichzeitiger und gleichartiger Erkrankung mehrerer Familienmitglieder die Gebühr für den einzelnen Krankenschein auf 25 Pfennig festgesetzt werden.

In bezug auf den Krankenschein haben die Versicherungsvertreter noch folgendes zu beachten: In die Satzungen darf nicht die Bestimmung hineingearbeitet werden, daß die Versicherten nur dann Anspruch auf Krankenhilfe besitzen, wenn sie die Gebühr für den Krankenschein entrichtet haben.

Nun zu § 191 RVO. Er bestimmt, daß durch die Satzung das Krankengeld für Versicherte mit Angehörigen, die der Versicherung bisher ganz oder überwiegend unterhalten hat und die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben, durch Zuschläge erhöht werden kann.

Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß die Zuschläge überhaupt nicht gewährt zu werden brauchen und daß, wenn sie gewährt werden, sich dann auch unter den angegebenen Sätzen bewegen können.

Der § 191 gibt dann noch eine weitere Möglichkeit, Vergünstigungen für die Versicherten zu schaffen.

Sierzu ist zu sagen, daß die Versicherungsvertreter dahin zu wirken haben, daß diese zulässige Mehrleistung voll eingeführt wird.

§ 194 RVO. gibt die Möglichkeit, das Hausgeld für Versicherte mit mehr als einem Angehörigen durch Zuschläge kraft Satzung zu erhöhen.

§ 205 RVO. erschließt ebenfalls die Möglichkeit, durch die Satzung die Dauer der Familienkrankenpflege zu erweitern, und zwar bis auf 26 Wochen.

Schließlich kann die Satzung auf Grund des § 205 RVO. auch bestimmen, daß bis zu 70 v. H. der Kosten für Arznei und kleinere Heilmittel erstattet werden.

Die Versicherungsvertreter haben in bezug auf dieses Mehrleistungsrecht, dies ist wohl mit das wichtigste, dahin zu wirken, daß es zum Inhalt jeder Satzung wird.

Mehrleistung bedeutet für die Versicherten eine schließliche Entlastung und bedeutet zum anderen einen vollen Heilerfolg für die Familienangehörigen.

Auch der § 205b RVO. ist noch zu erwähnen. Dieser läßt ebenfalls eine Mehrleistung zu. So kann die Zahlung beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes und sonstiger Angehöriger, die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft leben und von ihm überwiegend unterhalten worden sind, Sterbegeld zu billigen. Sie kann das Sterbegeld für den Ehegatten bis auf zwei Drittel, für sonstige Angehörige bis auf die Hälfte des Mitgliedersterbegeldes bemessen.

Die Notverordnung der Regierung Brüning zur Krankenversicherung ist ein sozialpolitischer Skandal. Ohne Rücksicht auf die soziale Lage der Versicherten werden diesen so ohne weiteres Verschlechterungen aufgehaßt, nur um die Befähigten vor einer stärkeren Steuerbelastung zu verschonen.

Frauenfragen.

Die Arbeiterinnen im Wahlkampf.

Die kommenden Wochen stehen im Zeichen eines harten und schweren Wahlkampfes, denn am 14. September soll das Volk und insbesondere die große Masse des weiblichen Proletariats entscheiden, wie sie ihre Interessen gewahrt haben wollen.

Wir stehen vor einer für das Wohl der breiten Masse schwerwiegenden Entscheidungsschlacht, und es ist besonders von den Frauen zu verlangen, daß sie mehr zielklar und mit größter Verantwortung an die Wahlurne treten.

Leiden nicht gerade die Frauen und Kinder doppelt unter den Auswirkungen der reaktionären Politik? Wer fragt denn danach, ob und wie die Frau mit dem geringen Arbeitsverdienst oder der noch geringeren Arbeitslosenunterstützung auskommt?

Wie ist es mit der Krankenversicherung? Statt ein einheitliches Krankenkassenwesen zu schaffen, wobei große Verwaltungskosten gespart werden könnten, müssen die Versicherungspflichtigen, also wieder die Arbeitnehmer, die Opfer bringen.

Auch die Ledigensteuer ist „verordnet“. Demnach sollen alle Ledigen eine Steuer von 10 Prozent ihrer Lohn- oder Einkommensteuer entrichten.

auch noch eine Ertragssteuer zahlen. Die zerrütteten Reichsfinanzen sind nach Ansicht der arbeitervölkischen Regierungsmänner anders nicht wieder flott zu machen.

Es muß unter allen Umständen erreicht werden, daß der neue Reichstag die unsocialen Notverordnungen nicht Gesetz werden läßt. Jedem erwachsenen denkenden Menschen, also auch jeder aufgeklärten Arbeiterin, ist bewußt, daß dazu eine stärkere Anzahl von Arbeitervertretern ins Parlament gehört.



Die Frauen müssen daran denken,

daß der Brot-, der Fleisch-, der Kartoffelpreis nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch bestimmt wird, und daß sie am 14. September ihre Stimme keiner der bürgerlichen Parteien geben dürfen, die nur zu gern dazu mitbilden, die Preise für die lebensnotwendigsten Bedarfsartikel

in ihrem Interesse

zu bestimmen. Die bürgerlichen Parteien beschließen die neuen Massensteuern und die neuen Zölle auf die Lebensmittel, die der Arbeiterhaushalt am meisten braucht, sie sind schuld an der zunehmenden Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterfamilie.

am 14. September

Ihre Stimme nur der Partei geben, die gemeinsam mit den freien Gewerkschaften für Erhöhung der Löhne, für Zollabbau, für Besteuerungen, für Entlastung des Arbeiterhaushalts, für die Sicherung und Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft kämpft.

sozialdemokratisch zu wählen!

Die bürgerliche Regierung setzte in den letzten Monaten aber auch enorme Zollerhöhungen durch und verlangte sogar, daß eine Sondersteuer gegen die Konsumvereine eingeschätzt würde. Das muß unseren Kolleginnen und Frauen der Kollegen, überhaupt allen Klassengenossinnen gesagt oder ins Gedächtnis zurückgerufen werden, wenn sie interesselos und gleichgültig den wichtigen Fragen der Zeit gegenüberstehen.

Mädchenerziehung von heute — nicht von gestern.

Was redet und schreibt man heute alles zusammen über die großen Freiheiten der Mädchen, über ihre Frechheit, ihre Verderbtheit, ihre Zügellosigkeit. Zwar sind das alles Übertreibungen, sowohl die üblen Eigenschaften, die man glaubt wahrzunehmen, als auch die Klagegedichte, die man aufstimmt.

Neulich steigt eine Familie in die Straßenbahn. Der Vater bleibt auf der Plattform stehen, die Mutter kommt in den Wagen und schiebt ein etwa sechs- bis siebenjähriges Mädchen vor sich her.

Im Vorbeigehen. Die eine mit einem Jungen, die andere mit einem Mädchen. „Freuen Sie sich nur, daß Sie ein Mädchen haben“, sagt die erste zur zweiten, „das kostet doch nicht so viel Geld, wie es Jungen kosten. Überhaupt wenn sie erst einen Beruf lernen müssen!“

Welches Mädchen bekommt heute wohl noch eine Aussteuer mit in die Ehe? Gewiß, die Eltern werden je nach ihren Verhältnissen Geschenke geben — aber eine Aussteuer? Welcher Proletarierhaushalt könnte wohl so viel erübrigen, daß er noch einen zweiten Haushalt — und wenn es mehr Mädchen sind, mehrere — ausstatten könnte?

Ein ungefähr zwölfjähriger Junge erzählte mir, daß er eine Schwester hatte, die gestorben ist. Zwar in einer Zeit, in der er selbst noch nicht lebte.

Ein zweieinhalbjähriges Mädchen hat zu Weihnachten eine selbstgebastelte Eisenbahn bekommen. „Sehr schön“ — sagen alle, die sie sehen.

Sie sollen zeigen, daß die Mädchen nicht nach den Erfordernissen unserer Zeit erzogen werden, sondern nach unseren Einbildungen und Vorurteilen. Das, was heute als zügellos und frech empfunden wird, ist nichts anderes als die Wirkung einer Erziehung, die ihnen Schenkklappen umgehängt hat.

Wirtschaftliches.

Der Kaufkraftausfall durch die Arbeitslosigkeit.

Das Konjunkturinstitut macht den ausschlusreichen Versuch, den Kaufkraftausfall durch die hohe Arbeitslosigkeit festzustellen. Für das erste Halbjahr 1930 wird ein Lohnausfall von 3050 Millionen Mark festgestellt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine zerbrochene Werksgemeinschaft.

Seit einigen Jahren spielt in den Reihen der Unternehmer ein gewisser Dr. Schenz, Textilfabrikant in Lörach, eine große Rolle. Er hatte in seinem Betriebe eine Werksgemeinschaft aufgezogen, die als Muster der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit hingestellt wurde.

Chemische Industrie

Explosion und Feuer in der Chemischen Fabrik Dr. Raschig, Ludwigshafen a. Rh.

In der Chemischen Fabrik Dr. Raschig explodierte am 2. August, nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, einer der sechs Tanks vor Bau 39. In der näheren Umgebung war eine starke Erschütterung zu beobachten, Fenster scheiben zersprangen, der Deckel des Tanks wurde hochgeschleudert, und unter stärkster Rauchentwicklung brannten die Karbolöle und die Phenol-Natronlauge aus. Die Werkfeuerwehr, die städtische Feuerwehr und die Fabrikwehren der I.-G. Farbenindustrie und der Glühni-Werke griffen alsbald ein. Mit zahlreichen Schlauchleitungen bekämpften die Feuerwehren den Brand. Auch diesmal bewährte sich wieder wie schon am 19. Februar d. J., bei dem Brand eines Fabrikraumes, das Schaumlöschverfahren.

Es gelang, das Feuer zu löschen und den anfangs stark gefährdeten Bau 39, dessen Dach schon in Brand geraten war, vor größerem Schaden zu bewahren. Auch die fünf benachbarten Tanks haben Feuerschaden erlitten.

Es sind zirka 50 Tonnen Karbolöl verbrannt. Bei den Kesselanlagen, die jetzt für die kürzlich niedergebrannten errichtet werden, sind automatische Löschvorrichtungen angebracht. Sie sollten auch bei dem jetzt explodierten Kessel und den übrigen angebracht werden. Die Brandursache ist noch nicht einwandfrei festgestellt, jedoch verläuft, daß eine Stichflamme bei Schweißarbeiten Anlaß der Explosion war.

Ein Arbeiter sowie ein Feuerwehrmann erlitten Brandwunden, sie wurden jedoch erfreulicherweise nicht lebensgefährlich verletzt.

Explosionsunglück in Berlin-Rummelsburg.

Am Sonnabend, dem 9. August, hat sich in der „Aceta“, G. m. b. H., Berlin-Rummelsburg, Hauptstraße 9/12, einem Tochterunternehmen der I.-G. Farbenindustrie, AG., ein entsetzliches Explosionsunglück ereignet. Die Explosion ereignete sich in der Destillier-Abteilung. Dort befinden sich drei Destillierblasen nebst Kolonnen. Diese Anlage wurde schon früher von der Anilinfabrik zum Destillieren benutzt. Seit dem Jahre 1926 ist jedoch in dieser Abteilung der Betrieb eingestellt. Nach der Stilllegung wurden die Blasen mit Dampf gereinigt.

Die Anlage sollte jetzt wieder in Betrieb genommen werden. Es waren Veränderungen vorgesehen, wonach die Blasen mittels einer Rohrleitung verbunden werden sollten. Die Mannlöcher vor den Blasen, welche längere Zeit vor dem Unglück offen gestanden haben, wurden drei Tage vorher wieder geschlossen. An dem Unglückstage wurde von der technischen Abteilung des Werkes die Anweisung gegeben, das Verbindungsrohr an die Blasen anzuschweißen. Mehrere Arbeiter nahmen an einer Blase mit einem Schweißapparat, der durch Acetylen gas gespeist wird, die Vorarbeiten zu der Schweißung an. Wie Augenzeugen berichten, soll in demselben Moment, als der Schweißer mit der Flamme an die Blase kam, die Explosion erfolgt sein.

Unserer Auffassung nach kann das Unglück so erfolgt sein, daß sich Aceton in der Blase befunden hat oder aus den Kolonnen in die Destillierblase eingedrungen ist. Da Aceton sehr leicht explosiv ist, ist es naheliegend, daß in dem Moment, als am Schweißapparat die Flamme entstand, die Explosion der vorhandenen Acetongase erfolgte.

Von den Arbeitern sind fünf schwer verletzt, während unser Kollege Gustav Prill, der als Schweißer tätig war, kurze Zeit nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Ein Eisenstück hatte ihm die Halsschlagader zerrissen und den Unterkiefer zertrümmert. Das Befinden der anderen fünf Verletzten ist zwar ernst, jedoch soll Lebensgefahr bei keinem von ihnen bestehen.

Es muß eine strenge Untersuchung eingeleitet werden, ob die verantwortlichen Personen, welche die Anweisung zum Schweißen gegeben haben, sich vorher davon überzeugt hatten, daß diese Arbeit dort ohne Gefahr ausgeführt werden konnte. Uns wird mitgeteilt, daß 1½ Stunden nach dem Unglück die Blase mit Wasser gefüllt wurde, angeblich weil es in derselben gebrannt haben soll. Was die Polizei, die Vertreter des Gewerkschaftsausschusses und der Berufsgenossenschaft festgestellt haben, entzieht sich bisher noch unserer Kenntnis. Wir warten vorerst einmal das Ergebnis der Untersuchung ab. wh.

Der Weltstickstoffmarkt marschiert.

Durch die Forschungen des großen Chemikers Justus von Liebig, der eingehende Untersuchungen über die Nähr- und Aufbaustoffe der Pflanzen anstellte, weiß die Menschheit, daß eine rationellere Ausbeutung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens durch eine vermehrte künstliche Düngung erzielt werden kann. Mit der Vergrößerung der Anbauflächen und durch die intensivere Ausbeutung des Ackerbodens mußten, da der natürliche Dünger nicht ausreichte, Ersatzstoffe beschafft werden. Einer der wichtigsten Düngerbestandteile ist der Stickstoff, der zum Pflanzenaufbau unentbehrlich ist. Im Natursalpeter, der in reichlichen Mengen in Chile vorhanden ist, wurde jahrzehntelang ein hochwertiges Düngemittel mit hohem Stickstoffgehalt gefunden, während in Deutschland die reichlich vorhandenen Kalivorkommen im hervorragenden Maße zu Düngemitteln verwendet wurden.

Durch die Erfindungen auf dem Gebiete der künstlichen Stickstofffabrikation aus Luft nach dem Verfahren von Haber-Bosch, denen bald andere folgten, waren der Stickstoffindustrie ungeahnte Ausbreitungsmöglichkeiten gegeben, die namentlich in den Kriegsjahren und in den Jahren nach dem Kriege zu ausgedehnten Stickstoffgewinnungsanlagen in fast allen Kulturstaaten führten.

Bei den ungeheuren Absatzmengen dieses Produktes und den dabei erzielten außerordentlich starken Gewinnen wuchs die Stickstoffproduktion weit über den Rahmen der Absatzmöglichkeiten hinaus. Während in Deutschland lange Zeit die I.-G. Farbenindustrie auf dem Gebiete der synthetischen Stickstoffherstellung dominierte, hat in den letzten Jahren auch der Bergbau Anlagen von beträchtlichem Ausmaße errichtet. In Deutschland, sowie auch in der gesamten Welt, führten diese Verhältnisse dazu, daß eine Überproduktion an Stickstoff eintrat und zum Teil schwere wirtschaftliche Erschütterungen in diesem Produktionszweig hervorrief.

Dabei kann festgestellt werden, daß die Gründung von Stickstoffunternehmen in den verschiedensten Ländern in vielen Fällen nicht immer wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprach. Es steht fest, daß eine ganze Reihe von Staaten, so u. a. auch Polen, das in den letzten Jahren verschiedene Stickstoffbetriebe gegründet hat, durch produktionsstärkere Länder, z. B. Deutschland, die für die Landwirtschaft notwendigen stickstoffhaltigen Düngemittel bedeutend billiger geliefert bekommen hätte, als die Produktionskosten im eigenen Land dies zuließen. Daß dies dennoch nicht der Fall ist, ist nicht zum geringsten Teil daraus zu erklären, daß neben rein wirtschaftlichen Gründen die Stickstoffindustrien in Frankreich, Polen usw. aufgebaut werden als Grundlage für den Salpeterbedarf der Kriegsindustrie jener Länder. Bei dem Bestreben, Grundlagen für die Kriegsindustrie in den einzelnen Staaten zu schaffen, spielte die Schutzpolitik der einzelnen Länder und der Zwang unter die Monopolpreise der nationalen Industrie keine geringe Rolle.



Bestell-Nr. — 251 — der Unfallverhütungsbild O. a. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

Jede Ablenkung von der Arbeit bedeutet Gefahr! Nur konzentrierte Aufmerksamkeit macht es möglich, all die kleinen Feinheiten, Unachtsamkeiten, Versehen zu vermeiden, die so leicht Unfälle heraufbeschwören. Jede Maschine birgt ihre Unfallgefahren. Alle bewegten Teile können nicht durch Schutzvorrichtungen abgedeckt werden, sonst würde die Arbeit unmöglich gemacht oder sinnlos erschwert. Also ist und bleibt es unbedingt erforderlich, daß der Arbeiter an der Maschine „bei der Sache ist“. Was aber muß auch jeder berücksichtigen und nicht rücksichtslos einen Arbeiter an seiner in Gang befindlichen Maschine fördern.

Die chilenische Salpeterindustrie, eine der Haupterzeugungsquellen des chilenischen Staates, hatte zeitweise unter den Auswirkungen der künstlichen Stickstoffherstellung stark zu leiden. Ja, man war sogar in gewissen Kreisen der Auffassung, daß die Salpeterindustrie Chiles für alle Zeiten von ihrer weltwirtschaftlich bedeutungsvollen Höhe herabgestürzt sei. Neuerdings zeigt es sich jedoch, daß, namentlich durch starke Preisrückgänge begünstigt, die Natursalpeterindustrie in einen starken Konkurrenzkampf gegen den synthetischen Stickstoff eingetreten und wiederum ein nicht zu unterschätzender Faktor in der internationalen Stickstoffindustrie geworden ist.

Damit ist jedoch in der Stickstoffindustrie die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Während heute bereits eine erhebliche Überproduktion zu verzeichnen ist, sind neue Werke geplant und im Ausbau begriffen, die die Erzeugungsfähigkeit weiter vergrößern und damit die Absatzfrage in der Stickstoffindustrie noch kritischer gestalten werden.

Für die Stickstoffindustrie drohte deshalb ein ungeheurer Konkurrenzkampf, der zweifellos auch für die kapitalkräftigen Stickstoffhersteller ungeheure Verluste bringen mußte. Um dieser Krise zu entgehen, wird bereits seit Jahren zwischen den Stickstoffinteressenten in den einzelnen Ländern verhandelt. In Deutschland konnte durch Verringerung und Ausbau des Stickstoffindikats ein gewisser Waffenstillstand abgeschlossen werden, der die Produktion quotenmäßig verteilt und außerdem die Erzeuger untereinander sichert. Darüber hinaus haben internationale Verhandlungen stattgefunden, in die auch die chilenische Salpeterindustrie einbezogen worden ist. In den letzten Wochen haben wiederholt Verhandlungen in Paris stattgefunden, zu der die wesentlichsten Stickstoffherzeuger ihre Bevollmächtigten gesandt hatten, um über eine internationale Stickstoffvertröstung zu beraten. Diese Verhandlungen haben sich außerordentlich schwierig gestaltet, da die Wünsche und Ansprüche der einzelnen Partner stark widerstrebt sind. Landwirtschaftliche und Rüstungs-Interessen

haben starke Widersprüche ausgelöst. Wiederholt schien es, als ob die Gegensätze innerhalb der Verhandlungskommission unüberbrückbar seien.

Bei den Pariser Verhandlungen handelt es sich darum, daß die Produktionsentwicklung der internationalen Stickstoffindustrie eine Regelung erfährt, durch die eine Überfüllung des Weltmarktes mit stickstoffhaltigen Düngemitteln vermieden wird. Dabei soll die Frage gelöst werden, wodurch die Produktion verringert wird und in welchem Ausmaße die einzelnen Stickstoffherzeuger diesen Ausfall an der Stickstoffherzeugung anteilsgemäß zu tragen haben. Wäre die Lage in der Stickstoffindustrie so, daß nur mit den bestehenden Betrieben gerechnet werden müßte, so wäre eine Regelung verhältnismäßig leicht zu erzielen. Da sich aber diese Entwicklung in fortschreitender Linie bewegt, ergeben sich starke Schwierigkeiten. Dabei sind die Betriebe, die über eine lange Erfahrung, sowie über ältere Produktionswerke verfügen, durch Abschreibungen usw. entlastet, so daß für sie eine Bescheidung tragbarer ist als für viele Betriebe, die in der letzten Zeit mit ungeheurem Kapitalaufwand Neugründungen vorgenommen haben.

Eine wesentliche Rolle spielt bei der internationalen Einigung in der Stickstoffindustrie auch die Preisfrage, die es ermöglicht, mehr als bisher Stickstoffdünger an die Landwirtschaft abzugeben. Aber die Preisfrage herrscht jedoch unter den Interessenten starke Meinungsverschiedenheit. Namentlich die westeuropäischen Länder erheben hiergegen starken Widerspruch. Die deutsche Stickstoffindustrie nimmt hierbei eine abwartende Stellung ein. Um welche Summen es sich bei einer Senkung des Stickstoffpreises handelt, ersieht man daraus, daß nach einer Betrachtung des „Berliner Tageblattes“ bei einer Senkung des Stickstoffpreises von 1 Pf. per Kilogramm Reinstickstoff Millionen von Mark in Frage kommen. Die Stickstoffindustrie befindet sich darum heute in einer äußerst starken Klemme. Sie möchte gern die bisherigen Monopolpreise aufrechterhalten, um unverminderte Gewinne zu erzielen. Sie wird sich jedoch angesichts der drohenden Gefahr, die dem Privatkapitalismus in der Stickstoffindustrie durch Überproduktion droht, wohl oder übel zu einem Abkommen entschließen müssen. Namentlich der Umstand, daß die Salpeterindustrie Chiles erneut Fortschritte macht, wird zu einer baldigen Regelung drängen. Während in Deutschland im letzten Düngjahr ein Rückgang im Verbrauch stickstoffhaltiger Düngemittel eingetreten ist, ist der Chilesalpeterverbrauch um 8 Prozent gestiegen. Die chilenische Salpeterindustrie hat nach einem Bericht in der „Chemisch-Technischen Rundschau“ unter Führung der chilenischen Regierung einen Salpetertrust mit 75 Millionen Pfund Sterling = 1.500.000 Mk. gegründet, dem 90 Prozent der chilenischen Salpeterindustrie angeschlossen sind. Dieser Trust wird sämtliche Anleihen und Vorzugsaktien der in Betrieb befindlichen Salpetergesellschaften übernehmen und „ebenfalls“ ein Abkommen mit den „nicht in Betrieb“ befindlichen Werken treffen. Das bedeutet für die Gesellschaft eine Belastung von 30 Millionen Pfund Sterling zuzüglich 3 Millionen Pfund Sterling jährlicher Zinsen. Er wird außerdem 5 Millionen Pfund Sterling Arbeitskapital bereitstellen. Die Erzeugung soll jährlich 700.000 Tonnen Salpeter betragen. Durch einen neuen Prozeß soll in einer im Bau befindlichen Fabrik eine abermalige Erzeugung von 700.000 Tonnen jährlich ermöglicht werden. Das Ziel ist die Zusammenfassung der Salpeterherzeugung in einem großen Trust. Bei diesen ungeheuren Anlagemerten rechnet man mit starken Gewinnen. So soll nach einem Prospekt des Trustes in den nächsten 5 Jahren ein anfänglicher Reingewinn von 80 Mill. Mk. steigend bis im 5. Jahre auf 180 Mill. Mk. erzielt werden. Dabei sind diese Gewinnergebnisse berechnet auf einen Preisabbau von durchschnittlich 20 Mk. pro Tonne, vorausgesetzt, daß die internationalen Stickstoffverhandlungen zu keiner Einigung führen, so daß also der evtl. Preisabbau sich als eine Kampfmaßnahme gegen die Erzeuger von synthetischem Stickstoff erweisen würde. Kommt es zu einer Einigung, so werden die obengenannten Gewinne des Trustes bedeutend gesteigert werden. Ein Scheitern der internationalen Stickstoffverhandlungen hätte also einen ungeheuren Konkurrenzkampf zwischen der chilenischen Salpeterindustrie und den synthetischen Stickstoffherzeugern zur Folge, zu dem die chilenische Salpeterindustrie durch umfassende Rationalisierungen besonders gerüstet ist.

Diese unausgeglichenen Kräfteverhältnisse auf dem Stickstoffmarkt sind zweifellos maßgebend dafür gewesen, daß die Interessenten, wenn auch widerwillig, den „Kampf um den Knochen“ eingeleitet haben und, wenn auch sicherlich gewisse Bescheidungen der Profite eintreten, sich mit einem geringeren, dafür aber desto mehr gesicherten Anteil an der Beute begnügen haben. Die Weltstickstoffkonferenz wurde am 2. August beendet. Was die Schwerindustriellen beschlossen, wird vorläufig noch sorgfältig geheim gehalten. Es soll jedoch ein prinzipielles Abkommen zustande gekommen sein, und die Beteiligten hoffen nach Pressmeldungen, daß über die noch schwebenden Fragen ebenfalls ein Abkommen zustande kommt. Wie die „Bergwerkszeitung“ aus vertraulicher Quelle wissen will, besteht die größte Wahrscheinlichkeit, daß die Abmachungen zwischen den Produzenten von synthetischem Stickstoff von einem weiteren Abkommen mit der Stickstoffindustrie von Chile ergänzt werden wird. Dabei werden folgende Gesichtspunkte gegeben: Die Erzeuger von synthetischem Stickstoff erklären sich zu einer Einschränkung ihrer Produktion bereit. Die Verkaufspreise werden in Zukunft gemeinsam von Chile und Europa festgelegt. Chile behält vollkommen freie Hand in bezug auf die von dort aus zu verkaufenden Mengen.

Es ist in Aussicht genommen, einen Fonds zu schaffen, zu dem alle Produzenten gleichmäßig beitragen. Dieser Fonds hat auch den Zweck, neben einer Stabilisierung der Preise (Ausgleichskasse) schwache Produzenten zu stützen, oder Werke, die geschlossen waren und wieder eröffnet werden sollen, finanziell zu unterstützen. Das geschieht ausgerechnet in einem

Moment, wo man den Wirtschaftstod der Arbeiter (der Arbeitslosen) als schicksalsgegeben gegen die Sozialversicherungen ins Feld führt, mit dem sich der Arbeiter abzufinden hat. Hunderte von Kapitalisten sollen auf diese Art und Weise, geschützt durch das Stickstoffmonopol, gestützt durch Preisdiktatur und Monopolpreise, auf Kosten der Verbraucher ein Schmarotzerdasein führen. Daneben soll diese große Kasse der internationalen Stickstoffunternehmer dazu dienen, durch Aktienkäufe die Möglichkeit zu schaffen, auf die Börsenkurse von Stickstoffpapieren einen Einfluß auszuüben.

Das internationale Schachergeschäft um den Stickstoffmarkt scheint vorläufig beendet zu sein. Hände reibend werden die Stickstoffkapitalisten in den einzelnen Ländern sich gratulieren, daß sie mit einem blauen Auge aus der drohenden Krise herausgekommen sind. In vielen Ländern flieht in den Stickstoffbetrieben aus dem kostenlosen Rohstoff der Luft ungeheurer Gewinn in die Kassen der Stickstoffwerke. Tausende und aber Tausende von Arbeitern sind Tag und Nacht an der Schöpfung dieses Reichtums tätig, müssen hart um einen bescheidenen Lohnanteil kämpfen. Trotzdem wird ihnen auch dieser Anteil, der in keinem Einklang zu den Millionengewinnen der Stickstoffindustrie steht, streitig gemacht. In Paris haben einige wenige Menschen über die Wirtschaftsentwicklung eines bedeutenden Produktionszweiges der deutschen Wirtschaft verhandelt und Vereinbarungen getroffen. Diese Verhandlungen waren diktiert nicht aus der Sorge um das wirtschaftliche Wohl der arbeitenden Menschen, sondern um die nackte Interessen- und Profitwahrung einer kleinen Schicht von Menschen, für die die Wirtschaft ein Rechenexempel ist, mit dem Resultat einer möglichst hohen Verzinsung des Privatkapitals.

Ob bei diesen monatelangen Verhandlungen jemals einer der Beteiligten an die Arbeiterschaft dieser Betriebe gedacht hat, ist kaum anzunehmen. Deshalb ist für uns der Abschluß des Stickstoffmonopols kein Ereignis, das wir als einen Erfolg für die Arbeiter buchen können. Es ist eine Kur mit grauer Salbe an dem giftbrüchigen Körper eines Zweiges der kapitalistischen Produktion. Für die Arbeiter in der Stickstoffindustrie in allen Ländern wird diese Sanierung keinen Vorteil bringen, vielleicht aber verschärfte Ausbeutungsmethoden, wenn die Unternehmer versuchen sollten, das, was ihnen bei einer quotenmäßigen Beschneidung an Gewinnmöglichkeiten entgeht, durch weitere Rationalisierung, Steigerung der Arbeitsleistung und damit Senkung des Lohnanteils am Produkt herauszuholen.

A. Segerer.

Die Liquidation des Dr.-W.-Sauer-Konzerns.

Vor mehr als Jahresfrist wurde in der Presse gemeldet, daß der Wintershall-Konzern mit je 200 Kuren der betreffenden Gewerkschaften an dem Dr.-W.-Sauer-Konzern beteiligt sei. Diese Kure, welche Generaldirektor Rofferg persönlich gehörten, waren aber auf den Namen eines Berliner Bankiers eingetragen. Gelegentlich der vorjährigen Gewerkschaftsversammlung des Sauer-Konzerns wurden die Kure auf den Namen Roffergs umgeschrieben. Außer diesen Kuren hat der Wintershall-Konzern ansehnlich an dem Besitz von anderen Gewerkschaften noch einen größeren Teil der Kure des Sauer-Konzerns erworben; denn auf Grund des jetzigen Kurenbesitzes stellte der Wintershall-Konzern den Antrag, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Die Liquidation des Dr.-W.-Sauer-Konzerns“.

Den Antrag hat Generaldirektor Rofferg in dieser Generalversammlung selbst begründet. Er führte aus, daß keine Industrie zur Zusammenfassung so geeignet sei wie die Kaliindustrie. Die Früchte, die die Kaliindustrie heute ernte, seien ohne durchgreifende Konzentration und Rationalisierung und ohne die internationale Verständigung kaum zu erzielen gewesen. Auf diesem Wege weiterzugehen, sei der Zweck des Antrages des Wintershall-Konzerns. Er hoffe und wünsche, daß die Verständigung in der deutschen Kaliindustrie, die heute in der Hauptsache von drei großen Konzernen beherrscht wird, noch über das jetzige Maß hinausgehe. Viele Verständigungen seien um so mehr erforderlich, weil die zahlreicheren Kalkulations im Ausland anfangen, Bedeutung zu erlangen, und nur durch noch größere Zusammenfassungen sei es für die Zukunft möglich, den Gefahren zu begegnen, die der deutschen Kaliindustrie hieraus entstehen könnten. Ein höchstes und unerschütterliches Ziel sei daher der weitere und noch engere Zusammenhalt.

Was den Sauer-Konzern selbst betreffe, so sei ihm ohne Anlehnung an einen großen Konzern keine Möglichkeit gegeben, an dem Gewinn aus dem Stickstoff- und Mischdüngergeschäft teilzunehmen. Auch die ganze übrige Nebenproduktengewinnung, die für die Kaliindustrie von so großer Bedeutung sei — außer Steinsalz — käme für den Sauer-Konzern wegen der Beschränktheit der Salze und der Lage der Abwässer nicht in Frage. Das sei auch der Grund gewesen, der den früheren Erwerbungsstand bewogen habe, in Verhandlungen mit Wintershall einzutreten. Über die Preisfrage bzw. das Umstellungsgesuch, worüber noch nicht geredet sei, soll in anschließender und korrekter Weise verhandelt werden. Die Abfindung der Gewerkschaften soll durch Wintershall-Aktien vorgenommen werden, und zwar soll die Bewertung Anwartschaften gegen Anwartschaften erfolgen. Dadurch ist Wintershall eigentlich mehr, als es beantworten könne, denn die Anwartschaften von Wintershall hätten einen größeren Wert als die des Sauer-Konzerns. Die Anträge der Opposition wurden abgelehnt.

Für Kennen der Verhältnisse kam diese Fusion weniger überraschend. Der Wintershall-Konzern läßt nichts unversucht, seinen Einfluß in der Kaliindustrie zu stärken. Generaldirektor Rofferg gibt ja selbst zu, daß sein höchstes und unerschütterliches Ziel der noch engere Zusammenhalt, also der Kartellist, sei. In dieser Entscheidung liegt die Gefahr, daß die Kapitalisten einzelnen Personen auf Gedächtnis und Verbleib angeschlossen werden. Dieses liegt weder im Interesse der Allgemeinheit noch der Arbeiter. Nur durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen kann dies verhindert werden.

Papier-Industrie

Warum Wirtschaftskrise?

Nach der „Papierzeitung“, Nr. 48, soll auf der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Holzstofffabrikanten am 31. Mai 1930 in Dresden der Vorsitzende, Kommerzienrat Bresschneider, folgendes ausgeführt haben:

„Die großen Lasten, die der Youngplan uns auferlegt, werden wir nicht lange tragen können, und der Übergang zu einer anderen Regelung wird der Wirtschaft neue Unruhen bringen. Die Arbeitslosigkeit ist hauptsächlich durch die hohen Zölle des Auslandes veranlaßt, zum Teil hängt sie auch mit der Rationalisierung zusammen; außerdem ist sie durch die ständigen Lohn-erhöhungen beschleunigt worden. Die Rationalisierung ist aber nötig gewesen, wenn sich die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt behaupten will. Wir müssen weiter kämpfen und uns technisch, sachmännisch und finanziell wappnen.“

Der Schlußsatz heißt also: die Fabrikanlagen müssen technisch weiter ausgebaut oder, um das moderne Schlagwort zu gebrauchen, es muß weiter rationalisiert werden; das „finanziell wappnen“ aber kann doch nur so verstanden werden, daß unter Hochhaltung der Preistreiberi und unter Niederhaltung der Löhne und Gehälter für Arbeiter und Angestellte die Bildung von Eigenkapital ermöglicht wird. Also weiterworfeln in bisherigen Tempo, obwohl gerade diese Art der Wirtschaftsführung die Hauptschuld an der heutigen Wirtschaftskrise trägt. Wo die durch Rationalisierung gesteigerte Produktion untergebracht werden soll, wenn gleichzeitig durch Niedrighaltung der Löhne und sogar unter Lohnabbau die Kaufkraft der breiten Massen des Volkes gedrosselt und geschwächt wird, das verrät uns Herr Bresschneider nicht!

Die Interessenten

verlangen und erhalten neue riesige Sonderprofile in der Form von Zöllen auf die notwendigen Bedarfsartikel und Nahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung, sie erfinden neue und verschärfen die alten Massensteuern, durch die die Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch mehr verteuert und darum herabgedrückt wird, sie sind mit allen Mitteln am Werk, um einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen, durch den die Arbeitslosigkeit noch mehr vergrößert wird.

Das Staatsvolk,

das sind die arbeitenden Klassen des deutschen Volkes, muß sich diesen Angriffen auf seine Lebenshaltung, auf seine Menschenrechte, auf seine Rechte als Staatsbürger entgegenstellen. Kein Wohlleben, keine Reisingewinne der Interessenten auf Kosten des Staatsvolks, gleiche, gerechte Verteilung der Lasten bei viel stärkerer Heranziehung des Besitzes, Erweiterung des Mitbestimmungsrechts in Staat und Wirtschaft, das sind die Forderungen, die das Staatsvolk dem Verlangen der Interessenten entgegenstellen muß. Aber für die Durchführung dieser Forderungen sind erste Voraussetzung starke sozialistische Organisationen. Stärke

die freien Gewerkschaften!

Oder doch? Sollen diese Maßnahmen getroffen werden, „um sich auf dem Weltmarkt behaupten zu können“? Was aber, wenn das Ausland — vielleicht mit Ausnahme von Nordamerika — in der gleichen Art und wie bisher Wirtschaftspolitik treibt? Wer soll dann die in allen Industrie-staaten durch Rationalisierung aufgequollene Produktion aufnehmen? Es dürfte Herrn Bresschneider schwer fallen, diese Fragen logisch und klar zu beantworten.

Aber braucht denn die deutsche Papiererzeugungindustrie den Weltmarkt und den Export? Wir bejahen diese Frage auf Grund der ganzen Produktionsentwicklung. Herr v. Waffow aber verneint sie, wenn der „Papierfabrikant“, Nr. 27, seinen Geschäftsbericht — f. der 58. ordentlichen Hauptversammlung des Vereins Deutscher Papierfabrikanten richtig wiedergibt. Nach dieser Unternehmerzeitung soll Herr von Waffow u. a. folgendes ausgeführt haben:

„Von vielen Seiten wurde uns sogar schon vor Monaten über die katastrophale Auswirkung des deutsch-finländischen Abkommens berichtet, obwohl seine Inanspruchnahme wegen des Einpreises der Landwirtschaft noch völlig fraglich ist und mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß diese Zollkämpfe nochmals von vorn beginnen oder zwischen beiden Ländern ein verzögerter Zustand eintritt, was zwar für die deutsche Exportindustrie nachteilig, für die Papierindustrie aber zur Zeit vielleicht die günstigste Lösung ist.“

Nun, wir haben Herrn von Waffow nicht für so ungeschickt, daß er den Export von deutschem Papier und deutschen Papierwaren nicht für dringend notwendig hält. Da es sich aber in diesem Falle um Finnland handelt, das für deutsche Papierprodukte so gut wie nicht in Frage kommt und gleichzeitig ein starker Konkurrent der deutschen Papierindustrie ist, scheinen ihn Verfassungsgeheimnisse und die Geldsak-interessen seiner Auftraggeber zu dieser Formulierung verleitet zu haben. Ist dieses aber der Fall — und wir zweifeln nicht daran —, dann mag er sich auch gefallen lassen, daß wir ihm mit dem gleichen Versäumnis antworten, das er in seinem Geschäftsbericht gegen die Gewerkschaften anwandte, weil diese die Lohnabwünsche der Unternehmer nicht fördern, und das lautet: „Doch da jeder wolle, daß der andere zahl, zählt keiner von beiden!“

Herr Bresschneider stellt in seiner eingangs wieder-gegebenen Rede die Kühne Behauptung auf, daß die Wirtschaftskrise „durch die ständigen Lohnrückstufen beschleunigt worden sei“. Da Herr Bresschneider anscheinend glaubt, daß die deutschen Papierarbeiter mit ihren kargen Löhnen in Wohlstand und Überfluß leben und sich bald den Luxus ihrer Unternehmer und Aufsichtskräfte leisten können, geben wir zur Beantwortung dieser Frage gern einem seiner Kollegen das Wort. In der Nr. 5 der „Papierzeitung“ vertritt ein F. D. folgende Unternehmung die Entstehungsursachen der Einheitspreiswarenpolitik unter der Überschrift

„Epa, Ehape, Woolworth Co.“ zu ergründen und kommt zu der Schlußfolgerung, daß „die Qualität der einzukaufenden Waren erst in zweiter Linie kommt, da in erster Linie der verfügbare Betrag, der meist keine besondere Höhe erreiche“. Warum dieses so ist, versucht er durch folgenden Satz zu erklären: „Es sind außer den knappgestellten zwei Millionen Erwerbslosen ungefähr noch fünf Millionen Beschäftigte, deren Lohn infolge hoher Steuerabgaben als knapp bezeichnet werden muß.“ Mit Recht hebt dieser Artikel-schreiber weiter hervor: „Wer die Auswirkungen der Ver-armung des deutschen Volkes nicht erfährt hat, dem ist nicht zu helfen.“ Leider ist — von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — den deutschen Unternehmern nicht zu helfen, weil sie sich mit ihren jährlich in die Zehn- und Hundert-tausende von Mark gehenden Einkommen für arm, die ver-hungernden Proleten aber für reich halten, weil sie glauben, das auswählte Volk Gottes zu sein, das berechtigt ist, auf Kosten von Millionen fleißiger Arbeitsbienen ein saftes Leben zu führen.

Wir möchten Herrn Bresschneider weiter fragen, ob denn „die ständigen Lohnrückstufen“ der deutschen Arbeitnehmer auch an der Arbeitslosigkeit im Auslande schuld sind, die — wir berufen uns auch hier wieder auf einen Vertreter der Arbeitgeber — nach einem im „Wochenblatt für Papier-fabrikation“ Nr. 22 unter der Überschrift: „Warum geht es der Papierindustrie schlecht?“ schreibenden Unternehmer gekennzeichnet ist durch 6 Millionen Arbeitslose in Amerika und 1,8 Millionen in England. Sind vielleicht die deutschen Lohnrückstufen — nach demselben Unternehmer — auch daran schuld, daß die Erzeugungsfähigkeit der Papier-fabrikation in Amerika, Kanada und in den skandinavischen Staaten nur 80 Prozent und darunter der vorhandenen Betriebskapazität beträgt?

Unserer Auffassung nach kommt derselbe Artikelschreiber den wahren Ursachen der Weltwirtschaftskrise viel näher, wenn er schreibt: „Es ist also im allgemeinen anzunehmen, daß die verminderte (oder ganz ausgeschaltete) Kaufkraft von mehr als einer halben Milliarde Menschen in Rußland, China und dem sonstigen Ostasien usw. in der ganzen Welt — hoffentlich nur vorübergehend, aber jedenfalls — sehr tief eingreifende wirtschaftliche Veränderungen herbeigeführt hat.“ Rechnet man dazu die verminderte Kaufkraft durch die große Arbeitslosigkeit in Europa und Amerika, dann liegen die Wirkungen der Arbeitslosigkeit klar zutage. Die Ursachen aber sind militärischer Machtdünkel in Asien, politischer Größenwahn in Rußland, gewalttätig herbeigeführte Über-produktion in Amerika und den wichtigsten Industriestaaten Europas und Asiens und nicht zuletzt die durch elende Löhne und zum Teil noch unmeneslich lange Arbeitszeit als Aus-gleich für anständige Entlohnung herbeigeführte Vernichtung der Kaufkraft der europäischen Arbeiterschaft, nicht aber, wie Herr Bresschneider so nett behauptet, die „ständigen Lohn-erhöhungen“ der deutschen Arbeiter.

Genau das Gegenteil ist richtig. Würde das Unternehme-tum aller Richtungen und aller Staaten auf den Preiswucher verzichten, durch Preisabbau die Kaufkraft der Reallohne steigern und durch mögliche Lohnrückstufen die Aufnahme-fähigkeit der übersteigerten Produktion herbeiführen, dann dürften die Wunden, die das zerrüttete internationale kapita-listische Wirtschaftssystem am Volkskörper fast aller Kultur-staaten herbeigeführt hat, leichter vernarben. So aber suchen sich alle Staaten mit Zollmauern zu umgeben, um den Preis-wucher weiter treiben zu können, zum Schaden der Völker und der Zivilisation. G. Sähler.

Betriebsratswahl in der Papierfabrik O. Dietrich, G. m. b. H., Weissenfels.

Am 8. August wurde in der Papierfabrik O. Dietrich, G. m. b. H., Weissenfels, die diesjährige Betriebsratswahl durch-geführt. Jedermann weiß, daß gerade in diesem Betrieb sich der Werkverein einer ganz besonderen Gunst erfreut. Es wurde von dieser Seite nichts unversucht gelassen, die Arbeiter irre zu führen, es wurde gegen den Fabrikarbeiterverband gewühlt und geheßt. Das kamen noch die allgemeinen schwierigen Verhältnisse, Kurz-arbeit, Feiertagslohn, Aussetzen ganzer Abteilungen, Entlassungen usw. Alles das sind Dinge, die auf die Arbeiter sehr stark ein-wirkten. Die Angestellten haben schon seit Jahren nicht mehr den Mut, sich überhaupt eine Betriebsvertretung zu wählen. Also glaubten die Werkvereiner fest an einen großen Sieg — und der Unternehmer freute sich. Schon vor einigen Wochen wurde vom Werkverein in einem großen „Sommerfest“ unter dem Protektorat der Werksleitung mit Musik, Tanz und Feuerwerk der „sichere“ Sieg gefeiert. „Die Fabrikier“ werden schon ihre Abwehr kriegten“, so projektierte man sich zu. Aber es ist anders gekommen. Die Arbeiterschaft hat gezeigt, daß sie sich weder mit der Peitsche der Unternehmervillkür, noch mit dem Zuckerbrot der billigen Schuld-werc, die der Werkverein besorgt, irren machen läßt. In fünf Versammlungen in den verschiedensten Orten haben Betriebsrat und Verband Rechenhaft abgelegt über ihr Tun und Handeln. Nur ein einziges Mal hatten die Werkvereiner den Mut, in einer solchen Versammlung zu erscheinen und ihr Wirken zu verteidigen.

Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Liste 1 Freie Gewerk-schaft 518 (im Vorjahr 451) Stimmen. Liste 2 Werkverein 177 (im Vorjahr 147) Stimmen. Die Fabrikarbeiter haben also 9 Siege, der Werkverein 2 Siege. Ein voller Erfolg der freien Gewerkschaften. Die Geschäfte beim Werkverein wurden sehr lang, und auch die Werksleitung soll sehr enttäuscht gewesen sein. Fest und unerschütterlich stehen die freien Gewerkschaften allem zum Trost auch in der Papierfabrik O. Dietrich, G. m. b. H., Weissenfels. Die Papierarbeiter haben bewiesen, daß sie auch von kommunistischen Ein-flüsterungen nichts hören wollen. S. F.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Bedeutung der pflanzlichen Öle und Fette für die deutsche Wirtschaft.

In Nummer 29 des „Proletariats“ brachten wir einen Aufsatz über die Weltwirtschaft für organische Fette vom Jahre 1929. Wir unterzogen dabei die Stellung der deutschen Industrie innerhalb der gesamten Fettwirtschaft einer kurzen Betrachtung. Welche Rolle spielen nun die pflanzlichen Öle und Fette in der deutschen Wirtschaft resp. in der deutschen Wirtschaft? Deutschland hat sich in den letzten 40 bis 50 Jahren immer mehr zu einem Industriestaat entwickelt. Das bedeutet, daß ein immer größerer Teil unserer Be-völkerung in der Industrie tätig ist. Je mehr wir uns aber zum Industriestaat entwickeln haben, um so mehr waren und sind wir auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln angewiesen, da

wir selbst nicht soviel erzeugen wie wir brauchen. Unter den Nährstoffen, die wir einführen, befinden sich große Mengen Fettstoffe. Bei den eingeführten Fettstoffen spielen nun die pflanzlichen Öle und Fette eine erhebliche Rolle.

Sehen wir uns die Ein- und Ausfuhr Deutschlands an pflanzlichen Ölen und Fetten seit dem Jahre 1913 nach einigen Stichproben ab, dann stellen wir eine ständig steigende Tendenz bei der Einfuhr fest. Um eine einheitliche Basis zu haben, stellen wir zum Vergleich nicht die einzelnen eingeführten Saaten, sondern die aus diesen Saaten in Deutschland erzeugten Rohöle ein.

Da Deutschland nur ganz geringe Mengen Ölsaaten selbst erzeugt, also fast alle Rohstoffe zur Erzeugung der Rohöle einführt, erhalten wir so eine Übersicht über die eingeführten Fettmengen, die in den eingeführten Saaten enthalten sind.

Table with 4 columns: Year (1913, 1926, 1929), and two unlabeled columns. Rows include 'An Rohölen wurden in Deutschland erzeugt' and 'Einfuhr von Ölen und Fetten'.

aus den Zahlen ist ersichtlich, daß wir seit dem Jahre 1913 eine ständige Steigerung bei der Rohölerzeugung haben, für die wir die Rohstoffe aus dem Auslande beziehen.

Die Einfuhr an Ölen ist gleichfalls erheblich höher als 1913. Unsere Einfuhr an Ölen ist aber weit stärker gestiegen als die Einfuhr. Der Verbrauch im Lande selbst ist 1929 mit rund 7,2 Millionen Doppelzentner rund 1,24 Millionen Doppelzentner höher als 1913.

Table with 4 columns: Year (1913, 1926, 1928, 1929). Rows include 'Butter', 'Schweineschmalz', 'Rindertalg', 'Oleomargarin', 'Premier jus'.

Table with 4 columns: Year (1913, 1926, 1928, 1929). Rows include 'Ausfuhr an Butter, and tierischen Fetten und Hartfetten', 'Werbl. Mehreinfuhr'.

Diese Tabelle zeigt zunächst einen starken Wandel bei der Einfuhr der einzelnen Fettarten. Die Einfuhr von Butter steht 1929 annähernd 800 000 Doppelzentner höher als 1913. Die Einfuhr von Schweineschmalz ist 1929 geringer als 1913. Rindertalg wurde 1913 gar nicht eingeführt, kam 1926 zur Einfuhr, die aber 1929 wieder geringer ist als 1926.

Der Hauptabnehmer für die in Deutschland erzeugten Öle ist nun die deutsche Margarineindustrie. Nach der Zeitschrift 'Mitschrift und Statistik' hat die Margarineindustrie im Jahre 1928 rund 487 000 Tonnen Margarine und Speisefette erzeugt.

Table with 4 columns: Year (1899, 1913, 1928). Rows include 'Tierische Fette', 'Pflanzenfette u. -öle', 'Harttran'.

Die Margarineindustrie hat sich also bei ihrer Rohstoffversorgung derart umgestellt, daß sie heute fast nur noch pflanzliche Öle und Fette und Harttran verarbeitet. Der Anteil der tierischen Fette ist sehr gering.

Table with 2 columns: Item, Amount. Rows include 'Tierische Fette insgesamt', 'Pflanzenfette insgesamt', 'Harttran'.

328 674 Tonnen Rohstoffe entnahm also die Margarineindustrie im Jahre 1928 der Industrie. Sie verbrauchte damit ungefahr 40 Prozent der Ölmengen, die in Deutschland überhaupt verbräucht werden.

größte Abnehmer. Die Umstellung der Margarineindustrie auf andere Rohstoffe und eine stark durchgeführte technische Umstellung in der Margarineindustrie selbst ermöglichen es dieser Industrie, ihre Fertigfabrikate heute im Großhandel fast zu denselben Preisen abzugeben wie in der Vorkriegszeit.

Die Margarineindustrie hat sich aber nicht nur bei der Rohstoffversorgung und technisch bedeutend umgestellt, sie hat heute infolge dieser Umstellung auch eine ganz andere Preisbasis bei den Rohstoffen als früher. Auch im Jahre 1929 ist noch eine bedeutende Preisfenkung bei den Rohstoffen für die Margarineerzeugung eingetreten.

Table with 3 columns: Warengattung, Dezember 1928, Dezember 1929. Rows include 'Oleomargarin extra', 'Neutrallard', 'Premier jus, südam.', 'Raff. Kokosfett', 'Raff. Erdnußöl', 'Raff. Sesamöl', 'Raff. Sojabl.', 'Raff. Hartfett', 'Schmalz (Pure Lard)'.

Table with 3 columns: Warengattung, Dezember 1928, Dezember 1929. Rows include 'Raff. Erdnußöl', 'Raff. Rübbel', 'Raff. Kokosfett', 'Raff. Palmkernfett'.

Die Preisfenkung ist namentlich bei jenen Rohstoffen eingetreten, die heute in erster Linie von der Margarineindustrie verarbeitet werden. So z. B. bei raff. Kokosfett, Erdnußöl, Sojabl., Palmkernfett u. dgl. Sie ist nicht eingetreten bei Oleomargarin, das heute aber nur noch wenig verarbeitet wird.

Zusammenfassend kann also gesagt werden, daß die Erzeugung der pflanzlichen Öle und Fette, die in erster Linie in Form von Margarine als Butterersatz in den Handel kommt, für Deutschlands Volkswirtschaft von großer Bedeutung ist.

Verschiedene Industrien

Invalidenversicherung für Hausgewerbetreibende wird von Unternehmern nicht erfüllt.

Für die Hausgewerbetreibenden sind von den Landesversicherungsanstalten in der Regel besondere Bestimmungen über die Errichtung der Invalidenversicherungsbeiträge herausgegeben. Die Thüringer Landesversicherungsanstalt zum Beispiel hat am 18. November 1924 Bestimmungen herausgegeben, die die Abführung der Versicherungsbeiträge zum Teil dem Arbeitgeber, zum Teil dem Hausgewerbetreibenden auferlegt.

Arbeiten Hausgewerbetreibende allein oder mit Beschäftigten nur für einen Arbeitgeber (§ 162 Absatz 4 RVO.), so hat der Arbeitgeber den Beitrag für den Hausgewerbetreibenden zu entrichten, und ihm den Arbeitgeberanteil seiner Beschäftigten zu erfassen, deren Quittungskarten er ihm bei der Versicherung mit den entrichteten Beiträgen vorlegt.

Der Hausgewerbetreibende ist verpflichtet, die Beiträge für sich zu entrichten, sofern er

- a) für mehrere Arbeit- oder Auftraggeber tätig ist;
b) dauernd für solche Arbeit- oder Auftraggeber arbeitet, deren Betrieb außerhalb Thüringens oder im Ausland liegt;
c) vorübergehend für eigene Rechnung arbeitet.

gewerbetreibenden die Durchführung der Versicherung abweichend regeln. Erstattung des Arbeitgeberanteils.

Im Falle des § 9 ist bei der Lohnzahlung oder Abrechnung dem Hausgewerbetreibenden die Arbeitgeberbeitragshälfte zu erstatten. Die Erstattung erfolgt durch einen auf volle Pfennig aufgerundeten hundertteiligen Zuschlag auf die Gesamtzahlung für die gelieferten Erzeugnisse oder durch den verdoppelten Zuschlag auf die um die Roh- und Hilfsstoffe gekürzte Abrechnungssumme oder auf die reine Lohnsumme.

Den Hundertteil legt die Landesversicherungsanstalt fest. Der Erstattungsanspruch des Hausgewerbetreibenden erstreckt sich höchstens auf die für die letzten beiden Abrechnungsperioden entrichteten bzw. fällig gewordenen Beiträge.

Neben Beitragsleistung durch Arbeitgeber (§ 8), Beitragsleistung durch den Hausgewerbetreibenden (§ 9) und Erstattung des Arbeitgeberanteils (§ 10) sind in den Bestimmungen der Thür. Landesversicherungsanstalt in Weimar noch eine Reihe andere Gesichtspunkte und Begriffe für die Kenntlichmachung des Hausgewerbetreibenden aufgenommen.

So umschreibt der § 2 den Begriff des Hausgewerbetreibenden und seiner Versicherungspflicht wie folgt: Begriff des Hausgewerbetreibenden und seine Versicherungspflicht.

Invalidenversicherungspflichtige Hausgewerbetreibende im Sinne dieser Bestimmung sind alle selbständigen Gewerbetreibenden, die in eigener Betriebsstätte im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten, ferner diejenigen, die in gleicher Weise im Auftrage und für Rechnung öffentlicher Verbände, öffentlicher Körperschaften oder gemeinnütziger Unternehmungen tätig sind.

Das gleiche gilt, wenn das empfangene Entgelt den Wert der Stoffe mit umfaßt, mithin teilweise Kaufpreis ist (Hausindustrie auf Grund des Kaufsystems); § 162 Absatz 3 RVO., Ziffer 15 der Anleitung des Reichsversicherungsamts.

(1) Auch das Entwerfen von Mustern ändert an der Hausgewerbetreibenden-Eigenschaft nichts. (2) Zugehörigkeit zu Innungen, Handwerksprüfungen und genossenschaftlichem Zusammenschluß, private Versicherungsverträge, die gegen Krankheit, Invalidität oder Unfall abgeschlossen werden, schließen die reichsgesetzliche Invalidenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden nicht aus.

Die Formulierung des § 2 ist dem § 162 RVO. angepaßt; dazu den praktischen Erfahrungen in der Thüringer Hausindustrie. Die Formulierung umschließt Heimarbeiter, Hausarbeiter und Hausgewerbetreibende mit der Bezeichnung „Hausgewerbetreibende“ für alle drei Begriffe.

Der § 3 stellt die Versicherungsfreiheit in der Hausindustrie fest. Danach ist der Hausgewerbetreibende nicht invalidenversicherungspflichtig, wenn er Invalide ist im Sinne des § 1255 Absatz 2 RVO. Der § 1255 Absatz 2 RVO. hat folgenden Wortlaut:

„Als Invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“

Der Hausgewerbetreibende ist auch dann nicht invalidenversicherungspflichtig, wenn er berufsmäßig nicht als solcher arbeitet und auch nicht durch andere Tätigkeit versicherungspflichtig ist, sondern nur gelegentlich arbeitet, insbesondere zu gelegentlicher Aushilfe, oder zwar in regelmäßiger Wiederkehr, aber nur nebenher und gegen ein geringfügiges Entgelt, welches für die Dauer der Beschäftigung zum Lebensunterhalt nicht ausreicht und zu den für diese Zeit zu zahlenden Invalidenversicherungsbeiträgen nicht in entsprechendem Verhältnis steht.

Invalidenversicherungspflichtig ist der Hausgewerbetreibende auch dann nicht, wenn er sich nicht persönlich mit der eigentlichen Herstellungsarbeit beschäftigt, sondern sich ausschließlich oder überwiegend mit der Leitung eines mit entprechend zahlreichen Hilfskräften und erheblichem Kostenaufwande geführten Betriebes befaßt. Solche Personen sind selbständige Gewerbetreibende und zählen im Sinne der Gesetzgebung zum Unternehmertum.

Durch den § 4 wird zum Ausdruck gebracht, daß für die vom Hausgewerbetreibenden beschäftigten Mitarbeiter die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften gelten. Dieselben Vorschriften gelten auch für die mitarbeitenden Familienangehörigen des Hausgewerbetreibenden. Der § 5 regelt Beginn und Ende der Versicherungspflicht. Die Bestimmung ist die folgende:

Über die Lohnklassen und die Beitragshöhe besagt der § 6 folgendes:

„Die Lohnklasse, nach welcher die Hausgewerbetreibenden zu versichern sind, bestimmt sich nach den Vorschriften des § 1245 RVO. und den dazu erlassenen Ausführungsverordnungen, die Höhe der Wochenbeiträge nach § 1392 RVO.“

Für jede Woche, in welcher hausgewerblich gearbeitet wird, ist ein Beitrag zu leisten (siehe Fußnote 1).

Die Landesversicherungsanstalt kann für bestimmte Bezirke, Industrien oder örtliche Verhältnisse die Beitragsleistung in Durchschnittsklassen anordnen.

Der Hausgewerbetreibende hat das Recht, sich unter Übernahme der Mehrkosten in einer höheren Lohnklasse zu versichern. Für die Zeit, in welcher der Hausgewerbetreibende vorübergehend auf eigene Rechnung arbeitet, gilt als sein Wochenverdienst das Vierfache des Ortslohnes.“

Mit Gesetz vom 29. März 1928 wurden die Lohnklassen und die Höhe der Beiträge wie folgt festgesetzt:

Table with 3 columns: Lohnklassen und Beiträge, Wöchentliches Arbeitsverdienst Klasse (Mark), Wochenbeitrag (Pfennig). Rows include 'bis 6', '6 - 12', '12 - 18', '18 - 24', '24 - 30', '30 - 36', 'mehr als 36'.

Für die Hausgewerbetreibenden kommt in der Regel die Bezahlung nach den Lohnklassen IV bis VI in Frage.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Iwan geht heim.

Einer Zeitungsnachricht nach erzählt von Heinz Liepmann.
Im lauen Frühjahr 1922 ging der Knecht, den man Iwan nannte, zum ersten Male wieder weit über das Land. Er trug einen dicken Stock und eine rote Bluse, wie es die Gewohnheit war. Da sah er auf einmal, fernab vom kahlen Weg, einen schmalen Pfad, dem er folgte, und der ihn durch einen kleinen traurigen Wald bis auf eine weite Wiese führte. Als er aber genauer zusah, merkte er, daß dieses gar keine Wiese war, sondern Heide, und plötzlich wurde seine rauhe und dumpfe Seele von der lindenden Zärtlichkeit der Gegend überfallen: Heide und Einsamkeit und Duft von der Keuschheit des Frühlings, ferne hellgrüne Birkenblätter und Sonne, überall Sonne.
Er ging langsamer heim in das Gut, trat vor den Verwalter Schmelow, den Schwesermann des Kreiskommissars, und sagte: „Ja, Herr, nun will ich fort!“ Der Verwalter fragte: „Wohin willst du denn, Iwan? Du hast dich gut bei uns eingewöhnt.“ „Danke ergebenst“, antwortete Iwan, „aber mir ist gerade eingefallen, daß ich doch wohl wieder nach Hause muß. Die Eltern sind wohl alt geworden.“ „Wo bist du denn her?“ — „Siebenbürgen, Herr!“
Dann, kurz vor der Kartoffelernte, hat er sich sein Geld geholt, das er in zwei Jahren Kriegsgefangenschaft und vier Jahren freiwillig auf dem Gute Tomolka im westlichen Sibirien verdient hat, er hat gewiebt, und die kleinen Kinder des Dorfes, mit denen er manchmal gespielt hat, haben auch gewiebt, aber der Verwalter hat gesagt, daß es nicht recht von ihm sei, vor der Ernte wegzulaufen, jedoch er hat zugewinkt, er könne nicht mehr bleiben und es ginge nicht — dabei weinte er — und der Verwalter möge ihm verzeihen.



geworden. Sie sah da — noch war sie groß und stark wie alle die Frauen aus dieser Gegend — aber ihr Gesicht war so furchtbar müde. Der Vater ging mit großen Schritten auf und ab. Eine Kranzjungel beleuchtete ihn und gab seinem zusammengezogenen Körper abwechselnd Schatten und Licht. Iwan konnte kaum seiner Bewegung Herr werden, dann aber beherrschte er sich und klopfte hart an die Tür.

Der Vater kam öffnen, eine Kerze in der Hand. Was er wollte. Iwan sagte, daß er müde und verirrt sei, er bitte um ein Nachtlager, er wolle es bezahlen. Inzwischen war auch die Alte gekommen. Wovon er denn bezahlen wollte, fragte sie ihn mißtrauisch, und er zeigte breit seine dicke Geldkassette, sagte — heimlich vor Entzücken über diesen Spaß jubelnd — wie ein Prosz, das genüge, um den ganzen Hof zu kaufen, und — ganz plötzlich schobnte die alte große Frau auf, stieß ihren Mann an und sagte: „Ja, Ihr könnt hier eine Ruhestätte bekommen.“ Ein kurzes Gespräch noch: Wo er herkäme, und ob ihn wer gesehen hätte? Nein, antwortete Iwan, ihn hat keiner gesehen und er kommt aus dem Süden. Dann ging er schlafen.

Die beiden Alten aber saßen einsam in der Stube und ihre Gesichter waren grau geworden. Langsam brannte das Taglicht nieder. Die kahlen Wände versankten. Eine Stunde saßen sie wohl, keiner sah den anderen an und beide dachten das gleiche. Der Alte stand endlich auf. „Nein“, sagte er, „mein!“

Die Alte blieb mit hartem Gesicht sitzen. „Unsere Hof können wir behalten“, flüsterte sie besser mit ihren verkrochneten Lippen, „wieder leben, wieder leben, wieder alles haben, wieder ruhig sein.“

„Ja“, sagte der Mann, „du hast wohl recht, aber ich kann's nicht tun. Ich will's nicht tun und ich will nichts davon wissen, aber aus dem Hof müssen wir morgen wohl raus und wir Alten werden auf der langen Landstraße laufen, immer laufen, bis wir irgendwo liegen bleiben, erst ich und dann du.“

Da stand die Frau langsam auf, sie löschte die Lampe ganz, daß es stockfinstern ward, im Dunkel hörte man ihre arme zerbrochene Stimme ein vergebliches Vaterunser beten, sie sagte: „Wehe, Mann!“, dann ging sie in die Kammer, in der Iwan nach der langen Wanderung schlief. — Nicht lange blieb sie in der Kammer. Inzwischen war der Mond aufgegangen.



Und am anderen Tag ist der Schankwirt gekommen, seinen Freund zu sehen, und die Herren von der Eisenbahn, um Geld zu holen oder die alten Leute zu verjagen: das Geld haben sie bekommen, aber der Schankwirt hat seinen Fremden nicht zu sehen gekriegt, der lag mit einem langen Messer in der Kehle zwei Fuß unter der Erde.

Was aus den Alten geworden ist, weiß ich nicht. Aber ein gnädiger Richter hat es der Frau verschwiegen, daß es ihr Sohn war — ihr Sohn, den sie geboren und für den sie gebetet und gelebt und gebetet hatte, — daß es ihr Sohn war, den sie erworben hatte in jener Nacht.

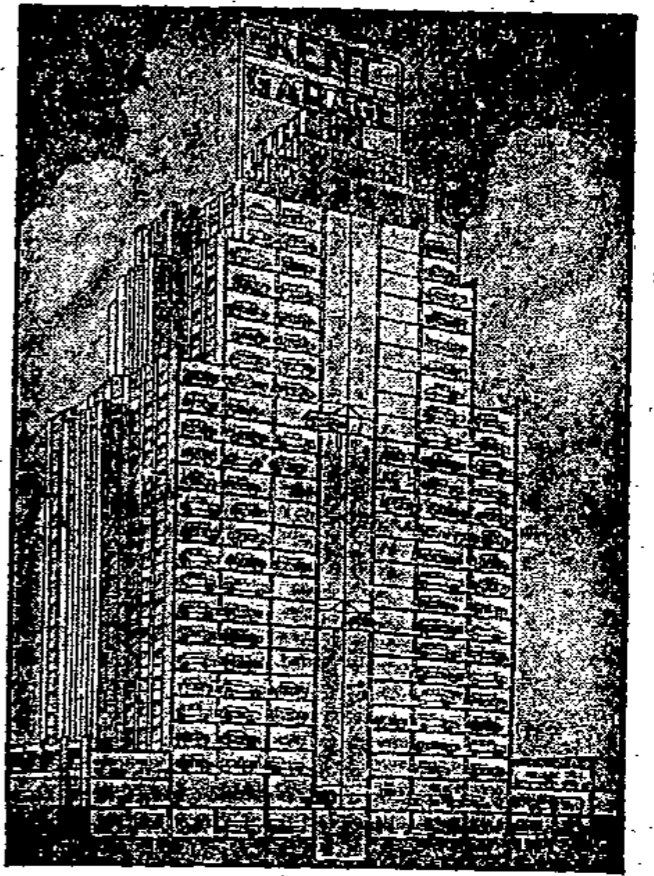
Dies ist die seltsame Geschichte von Geld, Gier und einer armen Mutter.

Entdeckungsfahrt ins Unbekannte.

Wieviel Jahre ist es wohl her, daß eine Reise von Leipzig nach Dresden eine ganz große Angelegenheit war, zu der man Vorbereitungen treffen mußte wie heute zu einer Amerikafahrt? Die erste Eisenbahn in Deutschland wurde im Jahre 1835 eröffnet, die Strecke Leipzig-Dresden im Jahre 1838, das war also vor 22 Jahren. Der nicht einmal 100 Jahre alte Iwan hat also die rumpelnde Preussische steigen müssen — heute haben Sie die Wahl, einen Schnellzug zu benutzen, der Sie in 1 1/2 Stunde aus der Stadt

der Peize und Bacher nach Elbathen bringt, oder ein Flugzeug, das die Strecke in 45 Minuten zurücklegt. Soeben kommt der neue 6. Band des „Großen Brockhaus“ auf meinen Schreibtisch geflogen, wir wollen doch gleich einmal nachschlagen, was er unter „Flugzeug“ zu berichten weiß.

Welche Entwicklung haben uns die letzten 30 Jahre auf diesem Gebiete gebracht? Am 17. Dezember 1903 führten die Brüder Wright den ersten Motorflug aus, und es gelang ihnen, 12 Sekunden (Sekunden!) in der Luft zu bleiben. Heute treffen wir das Flugzeug als Verkehrsmittel in allen Teilen der Welt an, und die Höchstgeschwindigkeit, die man jetzt damit erreicht hat, beträgt 532 Kilometer in der Stunde, eine ganz achtbare Geschwindigkeit. Wie wäre es einmal mit einem Flug durch den Rand? Bitte einstellen, wer mit will! Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, taucht in dem Artikel „Fliegarbeit“ auf, der Name des Automobilkönigs Ford wird lebendig. Wir tun einen Blick in einen modernen Betrieb, in dem am laufenden Band fabriziert wird; 16 vorzüglich ausgewählte Abbildungen geben uns eine lebendigere Anschauung darüber als ein ganzes Buch. Dabei erfahren wir so nebenbei, daß die „Fliegarbeit“, die wir immer als eine Errungenschaft unserer Zeit angesehen haben, bereits im Jahre 1870 in den Schlachthäusern Chikagos angewendet worden ist. Unter „Garage“ sehen wir, wie man sich drüben bemüht, das „Problem“ Auto auch hinsichtlich der Raumfrage zu lösen. Doch zurück nach Europa. „Frankreich“ wird überflogen (12 Karten, viele Statistiken, Übersichten usw.). „Französische Kunst“ mit 47 teilweise bunten Bildern. Ein neues Gebiet taucht auf: Italien unter dem interessantesten Stichwort „Faschismus“. Ein Besuch bei einem Kunstgeschichtler unterrichtet uns über „Fälschungen in der Kunst“ (mit 28 Bildbeispielen). Die soziologischen Verhältnisse in Deutschland erscheinen in unserem Blickfeld: „Frauenarbeit im



Garage: Schnitt durch eine Hochhausgarage (Kant-Garage, New York). Der Mittelteil enthält eine Reihe von Schnellzugzügen, die sich nach beiden Seiten hin öffnen lassen. Aus: „Der Große Brockhaus“, Band VI.

Kulturleben“ (die Bildauswahl dazu ist vortrefflich und unterrichtend): 11,4 Millionen erwerbsfähige Frauen zählten wir 1925 in Deutschland. Frankfurt am Main (Stadtplan), Freiburg i. Br., der Gardasee (Karte und buntes Bild), Fischer bei der Arbeit („Fischerrei“ mit 32 Abb.), die deutschen Forsten („Forstwirtschaft“: 10 Abb.; „Forstschädlinge“: 32 Abb.) werden überflogen. Weiter geht der Weisheit durch alle Erscheinungen des menschlichen Lebens, die von den Buchstaben F bis Gar umspannt werden. — Habe ich nicht recht gehabt, daß dieser Ausflug so interessant wie eine Ferienreise ist! Wer will sich morgen an einem neuen Luftzug beteiligen? R. M.

„Der Große Brockhaus“, Band VI (F bis Gar), in Ganzleinen 28 Mk.; bei Amazonen eines alten Legions 23,50 Mk. Verlag F. W. Brockhaus, Leipzig.

Kampf ums Brot.

Wie oft bin ich den Weg, den bornenwollen,
Zum Arbeitsamt gerannt in stummer Pein.
Wenn kräftige Hände schaffen wollen,
Ist's bitter, arbeitslos zu sein.
Ich stand gleich andern oft mit Wangen
Vor'm Schalter, der mir Brot versprach,
Und bin enttäuscht hinweggegangen,
Wenn jede Hoffnung mir zerbrach.

Was hab ich alles schon begonnen?
Was hab ich alles schon versucht?
Hab manche bange Nacht durchsonnen
Und oft mein Dasein schon verflucht.
Wie oft bin ich mit wunden Füßen
Zu Weib und Kind zurückgekehrt,
Um bitter sagen dann zu müssen,
Daß jede Arbeit mir verwehrt.

Ein tiefer Groll drückt mich dankeder. —
Bin ich zum Nichtstun denn verdammt?
Mich packt der Ekel immer wieder
Durch Gaben von dem Wohlfahrtsamt.
Mir ist das Herz schon lang gebrochen
Von all dem, das mir widerfuhr,
Doch hab ich noch gesunde Knochen,
Und will statt Milde Arbeit nur.

Johann Weig.

Humoristische Ecke.

Vom Saufen. Es ist Mandover. Königliche Hoheit ist da und muß sich in Ermangelung eines Besseren beim alten Dorfbarbarer rasieren lassen. Der ist schrecklich aufgeregt und zittert am ganzen Leibe, aus Furcht, königliche Hoheit zu schneiden. Diese bemerkt es, lächelt leutselig und meint: „Was kommt vom Saufen, lieber Fremde!“ Worauf der andere erwidert: „Ja, ja, ich wech; davon wärd de Haut so sprede!“

Selbsterkenntnis. Ein Verkehrschauffmann war Vater einer blühenden Schar von Kindern. Als es beim achten Mal Zwillinge gab, sagte er: „Im — da mußte doch endlich ein Verkehrschauffmann eingreifen!“

(Walter Jakob)